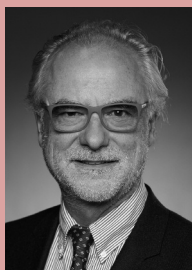


Informationen

Editorial

Zur Bundestagswahl hat der Verband Freier Berufe in Bayern wieder fünf Parteien gebeten, ihre Positionen zu Fragen zu formulieren, die den Freien Berufen auf den Nägeln brennen. Dabei bekräftigen alle mit unterschiedlichen Nuancen die hohe Bedeutung der Freien Berufe. Von der Kultur der Selbstständigkeit bis hin zur gesellschaftlichen Verantwortung, die Freiberufler übernehmen, vom Rückgrat der Wirtschaft bis zur unverzichtbaren Rolle für eine moderne und demokratische Gesellschaft – wer die Bekenntnisse unserer großen Parteien zur Freiberuflichkeit liest, kann durchaus den Schluss ziehen, dass der eigentliche »Feind« der Freiberuflichkeit nach deutschem Muster in Brüssel oder Straßburg sitzen muss. Das bestätigt sich auch weitgehend bei der zweiten Frage nach der Haltung der Parteien zur Kritik aus der EU an den Freien Berufen. Eine klare Unterscheidung, bei der sich tatsächlich auch »Koalitionen« zwischen Rot-Rot-Grün auf der einen und Schwarz-Gelb auf der anderen Seite unterscheiden lassen, ist bei den Fragen zur Bürgerversicherung und zur Steuerpolitik zu erkennen. Wenn auch die Antworten hier durchaus differenziert sind, so ist doch unzweifelhaft: Schwarz-Gelb lehnt die Bürgerversicherung so klar ab wie sie Rot-Rot-Grün befürwortet. Bei der Steuerpolitik haben SPD, Grüne und Linke mit unterschiedlichen Ansätzen Konzepte zur Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, während CSU und FDP ihren Fokus auf Leistungsgerechtigkeit, auf die Abschaffung der kalten Progression oder die Entfernung des »Mittelstandsbauches« legen. ●



Michael Schwarz,
Präsident
des Verbandes Freier
Berufe in Bayern

Verband Freier Berufe befragt Parteien zur Bundestagswahl

Die Politik positioniert sich zur Freiberuflichkeit

Am 24. September ist Bundestagswahl. Für den Verband Freier Berufe in Bayern war das der Anlass, bei den größeren Parteien anzufragen, wie sie sich zur Freiberuflichkeit in der kommenden Legislaturperiode positionieren wollen: Welche Bedeutung haben die Freien Berufe? Wie werden sie die Freien Berufe gegenüber der ständigen Kritik der Europäischen Kommission und internationalen Organisationen verteidigen? Wie werden sie dem zunehmenden Fachkräftemangel bei den Freien Berufen entgegenwirken? Wie stehen sie zur Bürgerversicherung? Inwieweit werden sie in ihrer Steuerpolitik die speziellen Bedürfnisse der Freien Berufe berücksichtigen?



Am 24. September entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Besetzung des neuen Bundestags. Auch für die Freien Berufe geht es dabei um entscheidende Weichenstellungen.

Der Verband Freier Berufe in Bayern hat den fünf größeren Parteien in Deutschland diese fünf Fragen zugeschickt. Die Antworten geben einen knappen und prägnanten Überblick, was uns nach der Wahl in bestimmten Konstellationen erwarten könnte.

Impressum

Ausgabe 3
18. Jahrgang
ISSN 1438-9320

Herausgeber:

Verband Freier Berufe in Bayern e.V.
Türkenstraße 55, 80799 München
Telefon 089 2723-424, Fax 089 2723-413

Gestaltungskonzept, Layout:

engelhardt
atelier für gestaltung
Mühlendorf a. Inn

Erscheinungsweise:

vierteljährlich



Fünf Parteien – Fünf Positionen zu freiberuflichen Themen

CSU



Andreas Scheuer
Generalsekretär der
Christlich Sozialen Union

SPD



**Sozialdemokratische
Partei Deutschlands**
Der Parteivorstand

Grüne



Claudia Roth
Bayerische Spitzen-
kandidatin der Grünen
für die Bundestagswahl

Die Linke



Simone Barrientos
Bayerische Kandidatin
der Partei »Die Linke«
für die Bundestagswahl

FDP



Albert Duin
Landesvorsitzender
der FDP in Bayern

1 Welche Bedeutung haben die Freien Berufe für Sie?

CSU

● Wir wertschätzen die Freien Berufe als Leistungsträger. Arbeitnehmer, Unternehmer, Selbstständige, Freiberufler und Landwirte: Sie alle übernehmen Verantwortung für sich und andere und dienen damit der Gemeinschaft. Das freie Unternehmertum mit allen Betriebsgrößen und Branchen macht unseren Standort aus. Unser starker Mittelstand, die Freien Berufe und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie stellen zukunftsorientierte Ausbildungsplätze. Wir setzen auf den ehrbaren Unternehmer. Er weiß, dass er Verantwortung hat: für das eigene Unternehmen und die Mitarbeiter, Partner und Kunden, für sein örtliches Umfeld, die Umwelt und die Allgemeinheit.

SPD

● Wir setzen uns dafür ein, die Programme zur Förderung vielversprechender Unternehmensgründungen fortzuführen und auszubauen. Wir bekennen uns zu Berufsregeln und Honorarordnungen, die Freien Berufen eine am Gemeinwohl orientierte Leistungserbringung ermöglichen und einen Preiswettbewerb auf Kosten der Qualität verhindern. Schließlich wird – auch angesichts des demographischen Wandels – in den nächsten Jahren die Frage der Nachfolge eine immer wichtigere Rolle spielen. Hier gilt es, junge Menschen, die in eine Kanzlei oder Praxis einsteigen wollen, zu unterstützen, etwa durch Beratung und staatlich geförderte Bürgschaften.

Grüne

● Die Freien Berufe sind wegen ihrer Eigenständigkeit, ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Willens zur persönlichen Verantwortung unverzichtbar für eine moderne und demokratische Gesellschaft. Wir wollen sie gezielt unterstützen. Dabei stehen wir für eine Kultur der Selbstständigkeit mit viel Raum für Innovation. Wir wollen eine neue Gründerzeit einläuten und setzen uns für fairen Wettbewerb ein. Wir werden mindestens 12 Milliarden Euro zusätzlich investieren: in moderne Infrastruktur und Mobilität, in Energieeinsparung und energieeffizientes Bauen, in Bildung, Forschung und Innovation. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbstständigen.

Die Linke

● Die etwa 250.000 Freiberufler in Bayern und eine Million in Deutschland haben für uns eine sehr hohe Bedeutung, weil sie in Gesundheit, Rechtspflege, Kunst etc. Aufgaben wahrnehmen, die für die Gesellschaft unverzichtbar sind. Die selbstständig ausgeübte Tätigkeit sichert dabei deren Unabhängigkeit.

FDP

● Die Freien Berufe sind ein wichtiger Wachstumszweig für unsere Wirtschaft. Sie brauchen sichere und faire Rahmenbedingungen. Patienten, Klienten und Kunden müssen sich auf die Kompetenz und die Unabhängigkeit des Freiberuflers verlassen können.





2 Wie werden Sie die Freien Berufe gegenüber der ständigen Kritik der Europäischen Kommission und internationalen Organisationen verteidigen (Dienstleistungspaket)?

CSU

● Das von der EU vorgelegte Dienstleistungspaket soll den europäischen Binnenmarkt weiter harmonisieren und die Regeln für den Berufszugang von Ingenieuren, Handwerkern oder IT-Experten vereinfachen. Die CSU sieht hier einen erheblichen Nachbesserungsbedarf, damit dieses dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität gerecht wird. Ökonomische Erwägungen dürfen sinnvolle Regelungen der Mitgliedsstaaten nicht fundamental unterlaufen. Deshalb fordert die CSU infolge der EuGH-Entscheidung zu Preisnachlässen beim Versandhandel von verschreibungspflichtigen Medikamenten ein generelles Versandhandelsverbot mit verschreibungspflichtigen Medikamenten bei uns.

SPD

● Wir haben uns bei der EU-Kommission stets für den Erhalt von Berufsregelungen und Honorarordnungen eingesetzt – ohne den Binnenmarkt grundsätzlich in Frage zu stellen. Das wird deutlich in der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und in dem von der SPD geführten Bundeswirtschaftsministerium. Zuletzt hat der Bundestag auf Initiative der SPD-Fraktion gegen Teile des Pakets (Analyseraster und die Notifizierungspflicht) eine Subsidiaritätsrüge bei der EU-Kommission erhoben, woraufhin die Vorschläge deutlich entschärft wurden. Zur Dienstleistungskarte hat der Bundestag dank unserer Initiative ebenfalls wesentliche Änderungen gefordert. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Grüne

● Wir stehen zu den Grundfreiheiten des EU-Binnenmarkts. Er kann und soll gestärkt und verbessert werden. Die Kommission ist mit dem sogenannten Dienstleistungspaket allerdings an verschiedenen Punkten über das Ziel hinausgeschossen. Es ist nicht akzeptabel, wenn die Kommission den Mitgliedsstaaten geplante Regelungen einfach untersagen kann. Bei der Dienstleistungskarte darf es nicht zur Einführung des Herkunftslandprinzips durch die Hintertür kommen. Die Mitgliedsländer müssen ihre Konditionen für das Anbieten von Dienstleistungen weiterhin selbst regulieren können.

Die Linke

● DIE LINKE hat die geplanten Einschränkungen seit der Bolkestein-Richtlinie immer wieder kritisiert. Das Herkunftslandprinzip führt zu einem Standortwettbewerb, indem sich die Länder der Europäischen Union sowohl in der Qualität, als auch in der Vergütung der Dienstleistungen gegenseitig unterbieten, weil in das EU-Land mit den geringsten Standards und Kontrollen ausgewichen wird.

FDP

● Die FDP Bayern setzt sich auf nationaler und europäischer Ebene für den Erhalt und Schutz der Freiberuflichkeit ein. Bestrebungen der EU-Kommission, bei den sogenannten regulierten Berufen die Vorschriften über die Berufsqualifikation zu senken, sehen wir kritisch und werden uns gegebenenfalls für Korrekturen einsetzen, da die Auftraggeber weiter eine hochqualifizierte Dienstleistung erhalten sollen.

3 Wie werden Sie dem zunehmenden Fachkräftemangel bei den Freien Berufen entgegenwirken?

CSU

● Die Freien Berufe leisten wichtige Beiträge für Wirtschaft und Gesellschaft. Allen voran stehen sie für unsere hohen Qualitätsstandards »Made in Germany« und sind dadurch zentraler Bestandteil für die Wohlfahrt unseres Landes. Um die Attraktivität der Freien Berufe und die Grundlage ihres Erfolges – die Qualität – auch weiterhin auf einem hohen Niveau halten zu können, benötigen die Freien Berufe gute Rahmenbedingungen und qualifiziertes Personal. Das gelingt durch eine starke berufliche und akademische Ausbildung sowie durch Fortbildung. In Kooperationen zwischen Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft sehen wir die Triebfeder künftiger Erfolge.

SPD

● Wir wollen die duale Berufsausbildung stärken und eine bessere Durchlässigkeit zur universitären Ausbildung gewährleisten. Lebenslanges Lernen wollen wir stärker fördern. Wir setzen auf die Förderung von Menschen, deren Potential noch zu wenig genutzt wird. Dazu streben wir Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Ältere Menschen, Asylbewerber und Flüchtlinge, behinderte Menschen Langzeitarbeitslose sowie Schulabbrecher wollen wir durch Qualifizierungsmaßnahmen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Schließlich setzen wir uns für ein Einwanderungsgesetz ein, um Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten den Zuzug zu erleichtern.

Grüne

● Wir wollen Hürden beseitigen, die vor allem Frauen an der Verwirklichung im Job hindern sowie die gezielte Einwanderung von Fachkräften vereinfachen. Wir wollen die Kinderbetreuung ausbauen, damit Beruf und Familie besser vereinbar sind, und wir wollen die berufliche Aus- und Weiterbildung verbessern. Außerdem wird es mit uns ein Einwanderungsgesetz geben, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in Deutschland zu decken und Menschen auch jenseits des Asylsystems Perspektiven zu bieten. Das erleichtert es auch Kleinbetrieben und Freiberuflern, Fachkräfte aus dem Ausland zu finden.

Die Linke

● Wir setzen uns generell für eine Stärkung der Qualifizierungsangebote ein. Die Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen muss gebührenfrei sein und die Arbeitsleistungen in der Ausbildung vergütet werden.

FDP

● Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Fachkräftemangel ein zunehmendes Problem für die Freien Berufe wie auch für die gesamte Wirtschaft. Grundsätzlich muss dem Fachkräftemangel durch drei Maßnahmen entgegen gewirkt werden: weltbeste Bildung und Qualifikation, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und qualifizierte Zuwanderung. Zudem muss der Freie Beruf attraktiv bleiben – gerade was die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten angeht, muss die Politik hier Anreize schaffen.



4 Wie stehen Sie zur Bürgerversicherung?

CSU

● Die CSU lehnt eine sogenannte Bürgerversicherung strikt ab. Kranke und Pflegebedürftige müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung sichert in Deutschland die derzeit hohe Versorgungsqualität in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt. Außerdem wären massive Eingriffe in private Versicherungsverhältnisse und in die Tätigkeit der privaten Krankenversicherer nötig. Beides lässt unser Grundgesetz nicht zu.

SPD

● Die SPD ist der festen Überzeugung, dass unser Gesundheitssystem nur mit mehr Solidarität zukunftsfähig gemacht werden kann. Die Herausforderungen für unser Gesundheitswesen werden wir nur meistern, wenn die Lasten gerechter verteilt werden. Das heißt alle Bürgerinnen und Bürger zahlen in ein Versicherungssystem ein, in dem die Beiträge nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip erhoben werden. Die paritätische Bürgerversicherung muss aus unserer Sicht wieder zwingend zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden.

Grüne

● Die Digitalisierung, der demographische Wandel und der medizinische Fortschritt sind enorme Herausforderungen für unser Gesundheitswesen. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle umbauen, die Zweiklassen-Medizin beenden und das Rentenniveau stabilisieren. Um auch in Zukunft allen Versicherten eine gute, bezahlbare und verlässliche Versorgung zu ermöglichen, muss der getrennte duale Versicherungsmarkt aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung überwunden werden. Das führt nicht nur zu mehr Gerechtigkeit und Stabilität ins unserem Gesundheitswesen, sondern auch zu mehr Wahlfreiheit der Versicherten.

Die Linke

● Wir wollen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen Mitglied der solidarischen Gesundheitsversicherung werden, auch die derzeit Privatversicherten. Alle – auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete und eben auch Selbstständige bzw. Freiberufler – zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens ein, und alle erhalten eine gleichermaßen hochwertige medizinische Versorgung – ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge. Weiter wollen wir eine Arbeitslosenversicherung für Freiberufler und eine Mindestrente für alle in Höhe von 1.050 Euro.

FDP

● Die FDP lehnt eine Bürgerversicherung ab. Wir wollen stattdessen mehr Wahlfreiheit für die Versicherten und mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.

5 Inwieweit werden Sie in Ihrer Steuerpolitik die speziellen Bedürfnisse der Freien Berufe berücksichtigen?

CSU

● 2017 wird mit der Bundestagswahl eine Grundentscheidung gefällt. Die CSU ist die Spitze der Bewegung für Steuersenkungen und Leistungsgerechtigkeit. Das haben wir 2013 versprochen und durchgesetzt. Dieses Versprechen erneuern wir. Keine Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode, das heißt auch keine Wiedereinführung der Vermögensteuer und keine Verschärfung der Erbschaftsteuer. Es geht uns um den Erhalt mittelständischer und familiengeführter Unternehmen und der damit verbundenen Arbeitsplätze. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer steht den Ländern zu. Deshalb sollen die Länder auch über die Höhe der Erbschaftsteuer bestimmen können.

SPD

● Unser Ziel ist eine gerechtere Steuerpolitik für alle. Wir werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll mehr Netto vom Brutto haben. Das gilt auch für die freiberuflich tätigen Menschen.

Grüne

● Wir wollen ein gerechtes Steuersystem und zielgenaue Entlastungen, vor allem für Familien. Wir erhöhen den Grundfreibetrag in der Einkommensteuer. Auch die Freien Berufe wollen wir mit unbürokratischen Regeln unterstützen. So soll die Ist-Versteigerungsgrenze bei der Umsatzsteuer auf zwei Millionen Euro vervierfacht werden. Erst wenn der Kunde zahlt, wird die Steuer fällig. Wir fördern Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit einem einfachen steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent. Die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter soll auf 1.000 Euro deutlich steigen.

Die Linke

● Wir wollen den monatlichen Grundfreibetrag auf 1.050 Euro des zu versteuern Einkommens erhöhen. Mit unserem Steuerkonzept werden alle entlastet, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I) verdienen. Das entlastet fast alle geringer verdienenden Freiberufler.

FDP

● Wir wollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um rund 30 Milliarden Euro entlasten. Dazu wollen wir unter anderem den Solidaritätszuschlag abschaffen, bei der Einkommensteuer den Mittelstandsbauch abflachen und die sogenannte kalte Progression beseitigen. Die Weitergabe von ererbtem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden, deshalb lehnen wir eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab.